

Hans-Walter Schmuhl

**„... daß Verteidigung des evangelischen Glaubens gegen
falsche Lehre *nicht Kirchenpolitik* ist.“
Der Wittekindshof, die Familie Brünger und der
„Kirchenkampf“**

1. Einleitung

Am 15. Februar 1934 legte Pastor Theodor Brünger (1874–1951),¹ seit 1913 Vorsteher der „Westfälischen evangelischen Pflege- und Erziehungsanstalt für Schwachsinnige Wittekindshof“² in Volmerdingsen bei Bad Oeynhausen, der Generalversammlung seinen Bericht über die Arbeit im Jahr 1933 vor. Bevor er jedoch in medias res ging, kam er kurz auf die Umwälzung der politischen Verhältnisse zu sprechen. Als sich die Generalversammlung zum letzten Male im Oktober 1932 getroffen habe, sei „der Himmel über unserem ganzen Volke noch sehr düster“³ gewesen. „Ganz anders“ stelle sich die Lage jetzt dar: „Gott hat uns einen Retter gesandt, die Grundlagen zum Aufbau des nationalsozialistischen Staates sind gelegt, die Mauern des Neubaus des Dritten Reiches steigen überraschend schnell empor, viele fleißige Hände rühren sich, um das Werk zu vollenden“. Deshalb wolle er seinem Bericht einen „Dank für erfahrene Rettung“ voranstellen.

Solche Bekenntnisse zum neuen Staat aus den Reihen der evangelischen Kirche und Diakonie finden sich zu dieser Zeit zuhauf. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten fiel die überwältigende Mehrheit des protestantischen Lagers zunächst in einen Taumel der Begeisterung über die scheinbare nationale Wiedergeburt Deutschlands und wechselte mit fliegenden Fahnen aus dem national*konservativen* in das national*sozialistische* Lager.⁴

¹ Vgl. Bauks, Friedrich Wilhelm: Die evangelischen Pfarrer in Westfalen von der Reformationszeit bis 1945 (Beiträge zur Westfälischen Kirchengeschichte 4), Bielefeld 1980, S. 64, Nr. 823.

² So die offizielle Bezeichnung seit 1927.

³ Bericht des Vorstands zur Generalversammlung am 15. Februar 1934, Archiv Wittekindshof (= AW). Danach auch die folgenden Zitate. – Bei allen Dokumenten, die im Archiv des Wittekindshofes in elektronischer Form vorliegen, wird im Anmerkungsapparat auf die Angabe des Fundortes verzichtet. Bei Dokumenten, die noch nicht elektronisch erfasst sind, ist hingegen der genaue Fundort (Akte, Ordner, Mappe usw.) angegeben.

⁴ Gailus, Manfred: 1933 als protestantisches Erlebnis: empathische Selbsttransformation und Spaltung, in: Geschichte und Gesellschaft 29 (2003), S. 481-511.

Und doch: Es sollte dies, soweit es die Schriftquellen überliefern, die einzige öffentliche Lobeshymne Theodor Brüngers auf den nationalsozialistischen Staat bleiben – und sie war, wie der Vergleich mit einer Entwurfsfassung belegt⁵ – dem Bericht nachträglich vorangestellt worden, wohl mit Rücksicht auf die veränderte Zusammensetzung der Generalversammlung: Vor allem saß der neue Regierungspräsident, Adolf Freiherr von Oeynhausens (1877–1953), ein in der Wolle gefärbter Nationalsozialist, im Publikum. Manche kritische Bemerkung war aus dem Vorentwurf getilgt worden, doch ließ auch die schließlich zu den Akten genommene Fassung des Berichts – trotz des grundsätzlichen Bekenntnisses zum neuen Staat – eine gewisse Reserve erkennen. Hier spiegelten sich bereits die Erfahrungen des Jahres 1933 wider.⁶ Das Fortbestehen des Wittekindshofes als Einrichtung der Inneren Mission war durch die nationalsozialistische „Gleichschaltung“ in Frage gestellt. Schon hatte sich der Vorstand mehr oder weniger freiwillig umbilden müssen, drohten Satzungsänderungen, die den christlichen Charakter der Einrichtung hätten aufheben können, war die finanzielle Basis der Arbeit durch die restriktive Belegungspolitik des Westfälischen Provinzialverbandes ins Wanken geraten. Die nationalsozialistische Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik machte vor der Betriebsverfassung des Wittekindshofes nicht Halt. Das von den Nationalsozialisten propagierte Konzept einer „differenzierten Fürsorge“ setzte die Arbeit des Wittekindshofes unter einen ständigen Rechtfertigungsdruck gegenüber Politik, Presse und Öffentlichkeit, mehr noch: Es stellte potentiell das Lebensrecht geistig behinderter Menschen in Frage und nötigte die Anstalt – wollte sie dieses Recht verteidigen – zur Mitwirkung an der „Ausmerzungen“ in der Generationenfolge durch eugenische Sterilisierung.

Will man im Hinblick auf das Verhalten der Verantwortlichen des Wittekindshofes zu einem ausgewogenen und angemessenen historischen Urteil gelangen, so muss man die vielen Fronten, an denen eine Einrichtung der Inneren Mission wie der Wittekindshof seit 1933 kämpfte, im Blick behalten. Deshalb sei zu Beginn ein kurzer Überblick über die verschiedenen Konfliktfelder gegeben. Daran schließt sich eine ausführliche Darstellung der Rolle Theodor Brüngers in den kirchenpolitischen Aus-

⁵ Bericht über die Anstalt Wittekindshof zur Generalversammlung der Anstalt am [...] Dezember 1933, AW, Ordner „Vorstand, Einladungen mit Berichten zur Generalversammlung 1932–[19]35 und Vortrag Klevinghaus 1960“. Auch dieser Vorentwurf stellt nicht die Urfassung dar. Vielmehr ist, wie die äußere und innere Quellenkritik zeigen, die erste Seite ausgetauscht worden. Wie Brünger seinen Bericht ursprünglich einleiten wollte, muss daher offen bleiben.

⁶ Zum Folgenden ausführlich: Schmuhl, Hans-Walter/Winkler, Ulrike: „Der das Schreien der jungen Raben nicht überhört“. Der Wittekindshof – eine Einrichtung für Menschen mit geistiger Behinderung, 1887 bis 2012 (Schriften des Instituts für Diakonie- und Sozialgeschichte an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal/Bethel 21), Bielefeld 2012, S. 261-338.

einandersetzungen von 1934 bis 1939 an – ein Thema, das in dem Buch „Der das Schreien der jungen Raben nicht überhört“, einer Gesamtdarstellung der Geschichte des Wittekindshofes von seiner Gründung im Jahr 1887 bis in die Gegenwart, nur am Rande behandelt wird.⁷ Das zur Vorbereitung eines Symposiums über Theodor Brünger, das am 17. Juni 2017 auf dem Wittekindshof stattfand, von dessen Familie zur Verfügung gestellte ungeordnete Quellenkonvolut, das insgesamt etwa 2.000 Briefe, Predigten und auch amtliche Schriftstücke enthält, bietet gerade zu diesem Themenkomplex sehr interessantes Material, das erstmals der Öffentlichkeit vorgelegt wird. Eingebettet in die Darstellung des „Kirchenkampfes“ auf dem Wittekindshof wird in einem Exkurs die Entwicklung der (kirchen-)politischen Haltung des ältesten Sohnes Theodor Brüngers, Helmuth Brünger (1915–1942), nachgezeichnet, der die Jahre von 1933 bis 1939 als Schüler, Arbeitsdienstmann und Student erlebte.

2. Der Wittekindshof und der nationalsozialistische Staat (1933–1939)

Der Wittekindshof hatte seit 1933 an vielen Fronten zu kämpfen. Die Kreisleitung der NSDAP übte starken Druck aus, um eine Umbildung des Vorstandes und die Berufung von „Parteigenossen“ zu erzwingen. Ende 1933 sah sich Theodor Brünger einem weitgehend „gleichgeschalteten“ Vorstand gegenüber – einzig Pfarrer Heinrich Dustmann (1868–1953)⁸ aus Volmerdingsen stand ihm gegen die geschlossene Phalanx der „Parteigenossen“ bei.⁹ Von 1936 an hatte der Wittekindshof auch einen neuen Chefarzt, Dr. Heinrich Simon (1899–1977); auch er war ein strammer „Parteigenosse“. Simon machte sich sogleich daran, die Leitungsstruktur des Wittekindshofes umzubilden, den geistlichen Vorsteher Theodor Brünger auszubooten und sich selbst an die Spitze der Anstalt zu setzen.¹⁰ Dies scheiterte letztlich daran, dass Simon auch mit dem Personal des Wittekindshofes heftig aneinander geriet – namentlich mit dem Hausvater Emanuel Seyler (1878–1957), der zugleich Ortsgruppenleiter der NSDAP war.¹¹ Dennoch war Theodor Brüngers Position zwischen einem weitgehend „gleichgeschalteten“ Vorstand, einem ehrgeizigen und machtbewussten Chefarzt und einer ebenfalls „gleichgeschalteten“ Betriebsgefollschafft äußerst prekär.

Hinzu kam, dass zu Beginn des „Dritten Reiches“ eine Satzungsänderung unumgänglich war. Auf dem Wittekindshof hatte bis dahin die

⁷ Vgl. a.a.O., S. 286-292.

⁸ Vgl. Bauks, Pfarrer (wie Anm. 1), S. 108, Nr. 1389.

⁹ Vgl. Schmuhl/Winkler, „Schreien“ (wie Anm. 6), S. 263-267.

¹⁰ Vgl. a.a.O., S. 267-277.

¹¹ Vgl. a.a.O., S. 274f., S. 299-303.

Satzung aus dem Jahr 1889 mit geringfügigen Abänderungen gegolten. Angesichts der neuen, von den Nationalsozialisten eingeführten Steuergesetzgebung musste man nun an eine schon lange Jahre aufgeschobene Revision der Satzung gehen, wollte man den Status einer gemeinnützigen und mildtätigen Stiftung behalten und der sprunghaft steigenden Körperschaft-, Vermögen- und Gewerbesteuer entgehen. Die nationalsozialistischen Kräfte im Vorstand und in der Anstalt nutzten diese Gelegenheit und setzten einen neuen Satzungsentwurf durch, der der Gauleitung der NSDAP bestimmenden Einfluss im Vorstand eingeräumt hätte – es stand konkret die Gefahr im Raum, dass ein solcher Vorstand den christlichen Charakter der Anstalt durch eine weitere Satzungsänderung aufheben könnte, wie es in manchen Einrichtungen der Inneren Mission zu dieser Zeit auch geschah. Brünger agierte in den Verhandlungen ziemlich hilflos. Es war Pastor Fritz von Bodelschwingh (1877–1946),¹² Vorsteher der Betheler Anstalten, der ihm zu Hilfe eilte und seinen besten Verwaltungsfachmann auf die Sache ansetzte, den Diplomkaufmann Johannes Kunze (1892–1959), der nach dem Zweiten Weltkrieg als „Vater des Lastenausgleichs“ bekannt werden sollte. Kunze schaffte es durch allerlei raffinierte Winkelzüge, die Inkraftsetzung der neuen Satzung bis in die Kriegszeit hinein zu verschleppen.¹³

Zu kämpfen hatten Theodor Brünger und der Wittekindshof auch mit der westfälischen Provinzialverwaltung. Von den etwa 1.100 Bewohnerinnen und Bewohnern des Wittekindshofes waren mehr als 1.000, also annähernd 90 %, auf Kosten der Provinz Westfalen untergebracht.¹⁴ Damit war der Wittekindshof finanziell auf Gedeih und Verderb auf den westfälischen Provinzialverband angewiesen, der seit Oktober 1933 dem nationalsozialistischen Landeshauptmann Karl Friedrich Kolbow (1899–1945) unterstand. Die Rentabilität der Anstalt hing entscheidend davon ab, dass der Landeshauptmann die auf seine Kosten untergebrachten Bewohnerinnen und Bewohner auf dem Wittekindshof beließ und weitere mittellose Menschen mit geistiger Behinderung nach Volmerdingsen schickte, machten doch die Pflegegeldzahlungen aus Münster den Löwenanteil der Einnahmen des Wittekindshofes aus. Der Provinzialverband nutzte diese Situation skrupellos aus, um den Pflegesatz, der bereits in der Weltwirtschaftskrise ab 1930 drastisch gekürzt worden war, immer weiter nach unten zu drücken. Schlimmer noch war, dass der Provinzialverband 1937 insgesamt 127 Bewohnerinnen und Bewohner vom Wittekindshof abzog, um die Provinzialanstalt Warstein besser auszulasten. Die Folge war, dass das Haushaltsjahr 1937/1938 erstmals mit einem „erheblichen Defizit“¹⁵

¹² Vgl. Bauks, Pfarrer (wie Anm. 1), S. 44, Nr. 571.

¹³ Vgl. Schmuhl/Winkler, „Schreien“ (wie Anm. 6), S. 277–286.

¹⁴ Vgl. a.a.O., S. 304.

¹⁵ Theodor Brünger an Landrat a. D. Petersen, Berlin, 10. September 1938, Privatbesitz. Dieses und alle folgenden Dokumente aus Privatbesitz wurden von der Familie

abschloss. Es war ein Glück für den Wittekindshof, dass der hannoversche Provinzialverband zu dieser Zeit die Anstalt Langenhagen bei Hannover auflöste und einen Teil der Bewohnerinnen und Bewohner auf dem Wittekindshof unterbrachte. Bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs konnten sich der Wittekindshof und die westfälische Provinzialverwaltung nicht auf einen neuen Vertrag einigen, weil die Ansichten über einen angemessenen Pflegesatz weit auseinander gingen. Die Folge war ein vertragsloser Schwebezustand, der wie ein Damoklesschwert über der Anstalt hing.¹⁶

Theodor Brünger scheute sich nicht, öffentlich Kritik an den niedrigen Pflegesätzen zu üben. In seinem Nachlass findet sich etwa ein Schreiben an das Rassenpolitische Amt der NSDAP im Gau Westfalen-Nord vom 21. April 1938, in dem er seine Weigerung begründete, die Zeitschrift „Neues Volk“ auf Anstaltskosten zu abonnieren:

„Die Anstalt bekommt für die Verpflegung eines Kranken nur 1,78 RM täglich. Mit diesem Pflegesatz muß alles bestritten werden [...]. Folgende 16 Positionen sind es genau, die vom Pflegegelde mitbestritten werden müssen: Speisung, Kleidung, Heizung, Bauerhaltung, Hausraterhaltung, Arznei und Verbandstoffe, Gehälter und Löhne, Licht und Kraft, Feste und Geschenke, Soziale Versicherung, Reisen und Fahrten, Porto und Papier, Abschreibungen, Zinsen, Steuern.“¹⁷

Am 14. Juli 1933 verabschiedete das Kabinett Hitler das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, das die Grundlage für ein bis dahin unvorstellbares biopolitisches Projekt bildete: Bis 1945 wurden auf dem Gebiet des Deutschen Reiches etwa 360.000 Menschen nach diesem Gesetz zumeist zwangsweise unfruchtbar gemacht – fast ein Prozent der Bevölkerung im Alter von 16 bis 50 Jahren.¹⁸ Nach anfänglicher Zurückhaltung lief das Sterilisationsprogramm auch in der Provinz Westfalen (wie überall im Deutschen Reich) 1934 mit hohem Tempo an und erreichte schon bald ein beispielloses Ausmaß.¹⁹

Brünger zur Verfügung gestellt; Kontakt: Dr. Michael Brünger, Schlüsselstraße 6, 76889 Klingenstein, mbruenger(at)t-online.de.

¹⁶ Vgl. Schmuhl/Winkler, „Schreien“ (wie Anm. 6), S. 303-310.

¹⁷ Theodor Brünger an Rassenpolitisches Amt der NSDAP im Gau Westfalen-Nord, 21. April 1938, Privatbesitz.

¹⁸ Bezieht man die nach 1937 annektierten Gebiete in die Betrachtung mit ein, so dürfte sich die Gesamtzahl der rassehygienischen Sterilisationen im nationalsozialistischen Deutschland auf etwa 400.000 belaufen. Bock, Gisela: Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik (1986), Nachdruck Münster 2010, S. 237f.

¹⁹ Walter, Bernd: Psychiatrie und Gesellschaft in der Moderne. Geisteskrankenfürsorge in der Provinz Westfalen zwischen Kaiserreich und NS-Regime, Paderborn [u. a.] 1996, S. 487-602; Kersting, Franz-Werner/Schmuhl, Hans-Walter (Hgg.): Quellen

In seiner ersten offiziellen Erklärung, dem Bericht an die Generalversammlung am 15. Februar 1934, äußerte sich Theodor Brünger überaus vorsichtig zum „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“.²⁰ Er nahm die eugenische Sterilisierung als humanere Alternative zur „Ausmerze“ hin. Hellsichtig hatte er erkannt, dass die NS-Gesundheits- und Sozialpolitik in letzter Konsequenz auf die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ hinauslief. In diesem Zusammenhang ist eine Passage aus einem Brief Theodor Brüngers an seinen Sohn Helmuth vom 10. Dezember 1937 höchst aufschlussreich:

„Die Tendenz geht jetzt auf eine ganz rigorose Sparsamkeit bei Versorgung der Minderwertigen, damit die gesunde Bevölkerung bessere Lebensverhältnisse bekommt. Ich habe gestern festgestellt, daß wir hier in Wittekindshof im Vergleich zu den Provinzialanstalten durchschnittlich 50–70 % mehr Geld ausgeben für den Titel Speisung. (Frage: Muß ich diesen Ausgabeposten in unserer Anstalt auch so senken auf Kosten der Verpflegung?) Ich weiß nur nicht, ob man ein gutes Gewissen dabei haben kann, wenn man die Speisung qualitativ so herabsetzt, daß die Idioten dabei sterben müssen, und zwar früher, als das bei ausreichender Ernährung der Fall sein würde. Unterscheidet sich ein solches Verfahren erheblich von der Anwendung der Morphiumspritze zur Herbeiführung der Euthanasie?“²¹

Durch Zugeständnisse in Richtung auf die negative Eugenik hoffte Theodor Brünger, die drohende „Euthanasie“ abwenden zu können.

Im Hinblick auf die Umsetzung des Gesetzes hielt sich Theodor Brünger ganz an die vom Provinzialverband ausgegebenen Leitlinien. Ungeklärt, so Brünger in seinem Bericht an die Generalversammlung am 15. Februar 1934, sei noch das Problem, wie man „den Pfleglingen, soweit sie überhaupt ein Verständnis für das Gesetz aufbringen können, das Nötigste über Grund und Zweck desselben“²² erklären könne. Derzeit – als Brünger seinen Bericht erstattete, war das Gesetz gerade in Kraft getreten – gebe es „einige Entweichungen und Aufregungszustände“, die sich „aus allerlei übertriebenen Befürchtungen“ speisten. Brünger bedauerte, dass infolge des Gesetzes manche Tür auf dem Wittekindshof habe geschlossen bleiben, die Bewegungsfreiheit auf dem Gelände insgesamt eingeschränkt, mancher Ausgang nach Volmerdingsen gestrichen werden müssen.

zur Geschichte der Anstaltspsychiatrie in Westfalen, Bd. 2: 1914–1955, Paderborn 2004, S. 28–33, S. 444–494.

²⁰ Bericht des Vorstands zur Generalversammlung am 15. Februar 1934, AW. Vgl. Schmuhl/Winkler, „Schreien“ (wie Anm. 6), S. 320–323.

²¹ Theodor Brünger an Helmuth Brünger, 10. Dezember 1937, Privatbesitz.

²² Bericht des Vorstands zur Generalversammlung am 15. Februar 1934, AW. Danach auch die folgenden Zitate.

Auch auf dem Wittekindshof wurde das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 1. Januar 1934 an unter Hochdruck umgesetzt. Im ersten Jahr wurden 158 Sterilisationsanträge an die Erbgesundheitsgerichte gestellt. 112 Fälle waren bereits entschieden worden, wobei sich das Gericht in 106 Fällen für und nur in sechs Fällen gegen die Sterilisation ausgesprochen hatte. 92 Bewohnerinnen und Bewohner wurden allein im Jahr 1934 sterilisiert.²³

Todesfälle seien nicht zu beklagen gewesen, vermerkt der Ärztliche Bericht für das Jahr 1934. Vom Wittekindshof jedenfalls könne man „im Großen und Ganzen berichten, daß keine nachteiligen Folgen zu verzeichnen“ seien. „Schädliche, rein körperliche Einwirkungen“ seien überhaupt nicht aufgetreten. Ab und zu habe es „Erregungszustände“ gegeben, die aber auch mit der vorübergehenden Verlegung in das anstalts-eigene Krankenhaus Bethanien zusammenhängen könnten. Mit wie viel Schmerz, Leid, Zorn, Angst und Scham der demütigende Zwangseingriff für viele der Betroffenen verbunden war, dafür hatten die Ärzte keinerlei Gefühl. Die „ursprüngliche Furcht“, dass das Gesetz zu einem „erheblichen Abbau“ der Arbeit führen könnte, habe sich als „unbegründet“ erwiesen. Tatsächlich stieg die Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner im Jahr 1934. Vor diesem Hintergrund waren alle anfänglichen Vorbehalte gegen eine Mitwirkung am Sterilisierungsprogramm ausgeräumt, und die Umsetzung innerhalb der Anstalt schritt zügig voran. Schrittmacher waren dabei die Ärzte. Vorsteher Theodor Brünger hielt sich zurück: Im September 1936 verzichtete er mit Zustimmung des Vorstandes auf sein Recht als Anstaltsleiter, Anträge auf Unfruchtbarmachung bei den Erbgesundheitsgerichten zu stellen, und übertrug dieses Recht auf den neuen Chefarzt und dessen Stellvertreter.²⁴

3. Theodor Brünger und der „Kirchenkampf“ auf dem Wittekindshof (1934–1936)

Auch vom „Kirchenkampf“, dem kirchenpolitischen Konflikt zwischen den Deutschen Christen und der Bekennenden Kirche, wurde der Wittekindshof heftig geschüttelt. Angeführt von Theodor Brünger, der entschieden dafür eintrat, ein klares Zeichen zu setzen, bildete sich innerhalb

²³ Die Zahlenangaben und die folgenden Zitate nach dem Ärztlichen Bericht über das Jahr 1934, AW.

²⁴ Bericht des Vorstands der Anstalt Wittekindshof an die Generalversammlung über das Jahr 1936, Privatbesitz. Während der Chefarztposten vakant war, trat Theodor Brünger (mit Einverständnis des Oberarztes) als Antragsteller auf, so etwa im Falle des Bewohners Hermann Kriebel (* 1913) am 3. April 1934, Kreisarchiv Altena, AL 53/759. Ich danke Frau Dr. Iris Bunte (Universität Siegen) für den Hinweis auf diese Akte.

der Anstalt eine starke Bekenntnisgemeinde. Seitdem, so ein Bericht aus der Nachkriegszeit, sei „ein tiefer Riß“²⁵ durch die Anstaltsgemeinde gegangen. In den jetzt gesichteten Unterlagen aus dem Nachlass Theodor Brüngers findet sich ein langes Schreiben des Pflegers Ernst Sulimma an Gauleiter Dr. Alfred Meyer (1891–1945) vom 10. Januar 1940. Sulimma protestierte darin gegen die Verweigerung eines politischen Führungszeugnisses durch die Kreisleitung der NSDAP. Auf fünf Seiten legte Sulimma dar, dass er immer treu zum „Führer“ und zur Partei gestanden, der Betriebsobmann Heinrich Grotefeld (* 1909) ihn jedoch durch üble Nachrede in den Ruf politischer Unzuverlässigkeit gebracht habe. In diesem Zusammenhang findet sich die interessante Angabe, dass 1933 „fast alle Pfleger, Oberpfleger und [der] Arzt“²⁶ Mitglieder des Jungdeutschen Ordens gewesen seien und er, Sulimma, als Mitglied des Stahlhelms ausgegrenzt worden sei. Der von dem ehemaligen Oberleutnant Artur Maruhn (1890–1950) 1920 gegründete Jungdeutsche Orden war eine nationalliberale, antibolschewistische, auch antisemitische, aber nicht durchweg verfassungsfeindliche, nach dem Vorbild mittelalterlicher Ritterorden gestaltete Organisation.²⁷ 1934, so Ernst Sulimma, habe er sich genötigt gesehen, gegen ein Mitglied des Jungdeutschen Ordens auf dem Wittekindshof Anzeige bei der Partei zu erstatten „wegen Drohungen und Schmähungen gegen den Führer“. Später hätten sich seine „politischen Gegner“ dann auf der Seite der Bekenntnisfront eingereiht, während er sich den Deutschen Christen angeschlossen habe.

Eine – wohl unvollständige – Mitgliederliste der Bekenntnisgemeinde aus dem Jahr 1934 umfasst nicht weniger als 146 Männer und Frauen aus den Familien der Anstaltsmitarbeiter.²⁸ Zum Zeitpunkt, als diese Liste entstand, hatte der Vorstand die Aktivitäten der „Bekenntnisgemeinde“ auf dem Wittekindshof jedoch bereits gestoppt. Am 25. Oktober 1934 hatte er in einer Kampfabstimmung entschieden, dass „kirchenpolitische Kundgebungen, Versammlungen und Vorträge innerhalb der Anstalt [...] zu unterbleiben“ hätten, „um den Kirchenstreit der Anstalt fernzuhalten“.²⁹ Fünf Vorstandsmitglieder hatten für dieses Verbot gestimmt, fünf dagegen – am Ende hatte die Stimme des Vorsitzenden, Pfarrer Heinrich

²⁵ Bericht Konrad Müller [1950], AW, Mappe „Kirchengemeinde 1939–1950“.

²⁶ Ernst Sulimma an Gauleiter Dr. Meyer, 10. Januar 1940, Privatbesitz. Danach auch die folgenden Zitate.

²⁷ Vgl. Hornung, Klaus: Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958; Kessler, Alexander: Der Jungdeutsche Orden in den Jahren der Entscheidung (Beiträge zur Geschichte des Jungdeutschen Ordens 4), München 1974; Werner, Robert: Der Jungdeutsche Orden im Widerstand, 1933–1945 (Beiträge zur Geschichte des Jungdeutschen Ordens 6), München 1980. Zu Pfingsten 1933 sollte in Bielefeld noch einmal ein „Reichsordenskapitel“ stattfinden, das dann in letzter Minute vom Bielefelder Polizeipräsidenten abgesagt wurde. Vgl. Hornung, Jungdeutscher Orden, S. 139.

²⁸ Mitgliederverzeichnis der Bekenntnisgemeinde Wittekindshof [1934], AW.

²⁹ Protokoll der Vorstandssitzung am 25. Oktober 1935, AW.

Kortmann (1872–1940), auch er ein „Parteigenosse“, den Ausschlag gegeben. In der Folge konnte Brünger seine „Bekenntnisgemeinde mit ihrem Bruderrat“³⁰ nur noch durch die Rundbriefe der Bekennenden Kirche informieren, und als ihm auch dies untersagt wurde, konnte er seine Gemeinde nur noch „in Privatgesprächen über den Kirchenkampf orientieren“. So sei seine Bekenntnisgemeinde, wie Brünger mit Bedauern feststellte, „still entschlafen“. Sie habe „nur noch auf dem Papier“ gestanden.

Im April 1935 legte Theodor Brünger in einem Brief an seinen ältesten Bruder Wilhelm (1871–1959) seine Haltung im „Kirchenkampf“ eingehend dar. Das war insofern bemerkenswert, als Wilhelm das enfant terrible unter den Geschwistern war. Er hatte lange als Kaufmann und Prokurist im Dienst der Bremer Überseehandlung Wörmann in Afrika und Südamerika gearbeitet. Vor seiner Heirat mit Martha Wüstenberg im Jahr 1906 soll er in Togo mit einer Afrikanerin vier Kinder gehabt haben, heißt es in der Familienüberlieferung. Ende 1930, im Zeichen der Weltwirtschaftskrise, wurde Wilhelm, da bereits über sechzig Jahre alt, zwangsweise in den Ruhestand versetzt.³¹ Er hätte sich gerne auf Mallorca niedergelassen, was jedoch am Veto seiner Frau scheiterte.³² Das Ehepaar lebte in der Folgezeit zeitweise getrennt – Martha Brünger war entnervt von den vielen luftigen Geschäftsideen und -projekten ihres umtriebigen Mannes.³³ Im „Dritten Reich“ trat Wilhelm als überzeugter Nationalsozialist hervor, der in der Partei eine aktive Rolle spielte. Gegenüber der Kirche äußerte er sich extrem kritisch. Bemerkenswert also, dass Theodor Brünger sich gerade gegenüber diesem Bruder so freimütig äußerte, ihm sogar mehrere Nummern des Rundbriefs der Westfälischen Bekenntnissynode mitschickte, obwohl diese eigentlich nur für Mitglieder der Bekennenden Kirche bestimmt waren. Es war wohl die Hoffnung, den Bruder doch noch für die Bekenntnisfront gewinnen zu können, die Theodor Brünger bewog, ihm ganz offen zu schreiben: „Ich wünschte, Du gehörtest auch mit zu unserer Bekenntnisgemeinde! Gerade solche Männer, die anerkannte Mitglieder der Partei sind, könnten uns gute Dienste tun.“³⁴

³⁰ Theodor Brünger an Hermann Möller, 24. Juli 1935, AW. Danach auch die folgenden Zitate.

³¹ Wilhelm Brünger an Theodor Brünger, 22. Dezember 1930, Privatbesitz.

³² Wilhelm Brünger an Theodor Brünger, 9. Januar 1931, Privatbesitz.

³³ 1935 beschwerte sie sich bei Theodor Brünger, dass die Geschwister sie nicht vor dessen „unheilbaren Charakteranlagen“ gewarnt hätten (Martha Brünger an Theodor Brünger, 9. August 1935, Privatbesitz). In seinem Antwortschreiben weist Theodor Brünger den Vorwurf zurück: Zwar sei der umtriebige Geschäftsgeist des älteren Bruders früh hervorgetreten, die Geschwister hätten ihn aber für einen „soliden und ordentlichen Mann“ gehalten. Doch ist hier auch von Wilhelms „abweichenden religiösen und politischen Ansichten“ die Rede (Theodor Brünger an Martha Brünger, 22. August 1935, Privatbesitz).

³⁴ Theodor Brünger an Wilhelm Brünger, 23./25. April 1935, Privatbesitz. Danach auch die folgenden Zitate.

Seine eigene Position zum Nationalsozialismus definierte Theodor Brünger sehr präzise:

„Zur Partei kann ich mich nicht bekennen. Viele Ziele der Partei sind herrlich und groß. Die nationalen, wie die sozialen Ziele, bejahe ich aus vollster Überzeugung. Aber die Methoden der Partei kann ich nicht mit verantworten. Ich finde sie horrend und auch unklug. Die Partei hat sich doch in letzter Zeit deutlich nach einer Seite hin entwickelt, die der Führer in seinen grundlegenden Schriften abgelehnt hat. Die scharfe Reibung, in welche man mit den Kirchen geraten ist, beweist es alle Tage, daß die Partei sich von einer politischen zu einer weltanschaulichen, ja man muß sagen zu einer auf eine neue Religion hinzielenden Partei entwickelt.“

Dadurch werde „viel guter Wille zur Mitarbeit und Aufopferung für das 3. Reich [...] niedergeschlagen und verdorben und schließlich [...] in Bitterkeit verwandelt.“ Theodor Brünger verwies auf Walter Künneth (1901–1997), den Leiter der Apogetischen Centrale der Deutschen Evangelischen Kirche, dem man als Privatdozenten der Universität Berlin die *venia legendi* entzogen habe – was tatsächlich aber noch nicht der Fall war: Künneth verlor seine *venia* erst um die Jahreswende 1937/1938.³⁵ Weiter verwies Theodor auf Martin Niemöller (1892–1984)³⁶ („Hast Du übrigens das Buch von Niemöller gelesen: ‚Vom U-Boot zur Kanzel!‘? Es ist lesenswert.“³⁷), der, wie insgesamt etwa 500 Pfarrer in Preußen, für kurze Zeit verhaftet worden sei, weil er sich geweigert habe, eine Erklärung zu unterschreiben, dass sie eine Kundgebung der Bekenntnissynode nicht verlesen würden, obwohl Präses Karl Koch (1876–1951), der an der Spitze des Bruderrates der Bekennenden Kirche Westfalens stand, doch erklärt habe, dass sich diese Kundgebung nicht gegen die Regierung richte, sondern gegen die „neuheidnische Religion“. Auch von ihm, so fährt Theodor Brünger fort, sei eine solche Erklärung verlangt worden. Er habe aber dem Polizeiinspektor, den der Bürgermeister zu ihm geschickt hatte, sofort gesagt: „Das unterschreibe ich nicht. Ich will gegenüber meiner Kirche meine Pflicht tun.“ – Es ist dann nichts weiter darauf erfolgt.“

Der Brief enthält weitere interessante Details zum „Kirchenkampf“ vor Ort. Der 24. April 1935, so Theodor Brünger, sei „ein Kampftag auf kirchlichem Gebiete bei uns in Bad Oeynhausens“ gewesen. „Der Reibi (neuerdings heißt er ‚Bleibi‘) war in Bad Oeynhausens und hielt im Kurhaussaale und einem angeschlossenen Saale eines Hotels einen Vortrag.

³⁵ Ebder, Jochen: [Art.] Künneth, Walter, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. 20, Nordhausen 2002, Sp. 886-895, hier: Sp. 888.

³⁶ Vgl. Bauks, Pfarrer (wie Anm. 1), S. 361, Nr. 4508.

³⁷ Niemöller, Martin: Vom U-Boot zur Kanzel, Berlin 1934.

Der Besuch soll sehr gut gewesen sein.³⁸ „Reibi“ war der Spitzname des 1933 installierten deutschchristlichen „Reichsbischofs“ Ludwig Müller (1883–1945). „Bleibi“ ist eine Anspielung darauf, dass Müller mittlerweile weitgehend entmachtet war, aber zäh an seinem Posten festhielt. Theodor Brünger selbst war nicht beim Auftritt Müllers dabei, er nahm zeitgleich an einer Sitzung des Vereins für Innere Mission in Minden-Ravensberg im Vereinshaus zu Herford teil. Dabei habe ihm Pfarrer Ernst Güse (1871–1954),³⁹ der Mann der Cousine Ida Güse, geb. Holzhausen, aus Lübbecke, erzählt, dass sein Schwiegersohn, Pastor Johannes Ackermann (1900–1942) aus Tannenberg im Erzgebirge, seit einer Woche in einem Konzentrationslager sitze, man ihm die Haare abgeschnitten und ihn in Lagerkleidung gesteckt habe. „Er hat weiter nichts verbochen, als den Anordnungen der Bekenntniskirche Folge geleistet zu haben“, fügte Brünger hinzu. Hier zeigte sich Theodor Brünger gut informiert: Tatsächlich saß Johannes Ackermann zu diesem Zeitpunkt im Konzentrationslager Sachsenburg. 1939 sollte er, nachdem er unter dem Eindruck des Novemberpogroms in der Silvesterpredigt 1938 seine Gemeinde zur Buße aufgerufen hatte, seines Amtes enthoben und vor einem Sondergericht angeklagt werden. Um der Verfolgung durch die Gestapo zu entgehen, meldete er sich 1940 freiwillig zur Wehrmacht. Nachdem er sich – im Zusammenhang mit seiner Beförderung zum Feldwebel – geweigert hatte, eine schriftliche Verpflichtung zum unbedingten Gehorsam gegenüber dem Staat Hitlers zu unterschreiben, wurde er auf ein Vorkommando versetzt und wenig später in einem Gefecht tödlich verwundet.⁴⁰

Theodor Brünger wusste auch von anderen Geistlichen, die in Konzentrationslager verschleppt worden waren. Einschüchtern ließ er sich jedoch nicht. Als Antwort auf den Auftritt des Reichsbischofs in Bad Oeynhausen plante die „Bekennnisseite“ eine „Riesenversammlung in Bad Oeynhausen“, auf der Martin Niemöller und der Fürther Pastor Eduard Putz (1907–1990), „der Mann mit dem goldenen Parteiabzeichen“,⁴¹

³⁸ Niemöller, Wilhelm: Chronik des Kirchenkampfes in der Kirchenprovinz Westfalen, Bielefeld 1962, S. 23, gibt an, dass der Reichsbischof vor 1.500 bis 2.000 Deutschen Christen gesprochen habe. Die Rede wurde publiziert: Müller, Ludwig: Ein Volk – ein Reich – eine Kirche. Reden des Reichsbischofs Ludwig Müller in Minden-Ravensberg am 24. und 25. April 1935, hg. i. A. der Kreisleitung Deutsche Christen, Gelsenkirchen o.J. [1935]. Vgl. Schneider, Thomas Martin: Reichsbischof Ludwig Müller, eine Untersuchung zu Leben, Werk und Persönlichkeit, Göttingen 1993, S. 197, Anm. 218.

³⁹ Vgl. Bauks, Pfarrer (wie Anm. 1), S. 172, Nr. 2183.

⁴⁰ Vgl. Dost, Anett: Ackermann, Carl Hermann Johannes, in: Sächsische Biografie, hg. vom Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e.V., bearb. von Martina Schattkowsky, Online-Ausgabe: <http://www.isgv.de/saebi/> (10.1.2018).

⁴¹ Vgl. Thieme, Hans-Bodo: Eduard Putz (1907 bis 1990). Lutherischer Pfarrer, Träger des Goldenen Parteiabzeichens der NSDAP, Mitglied der Bekenntnissynode von Barmen 1934, Olpe 2010, www.burschenschaftsgeschichte.de/pdf/thieme-putz.pdf (10.1.2018). Eduard Putz gehörte – wie auch Martin Niemöller – im Jahr darauf zu

über das Thema „Die bekennende Gemeinde in Anfechtung und Bewährung“ sprechen sollten. Theodor Brünger war gespannt, ob man der Bekennenden Kirche dieselben Räumlichkeiten zur Verfügung stellen würde wie dem Reichsbischof. „Wenn ja, dann wollen wir dafür sorgen, daß ganz Oeynhausen schwarz ist von Menschen, die für ihre Kirche eintreten.“ Tatsächlich fand am 29. April 1935 in Bad Oeynhausen eine Kundgebung der Bekennenden Kirche statt, auf der Präses Karl Koch, Martin Niemöller und Eduard Putz vor etwa 7.000 Menschen sprachen.⁴²

In klaren Worten forderte Theodor Brünger für sich und alle Pfarrer der Bekennenden Kirche das Recht auf öffentliche Kritik:

„Eins möchte ich wohl mal wissen: Wie lange nämlich die Presse so in Fesseln bleiben soll. [...] Daß der Presse nicht eine unbegrenzte Freiheit gelassen werden kann, das verstehe ich wohl. Ein Volk kann daran kaputt gehen, wenn jeder seinen Unrat herumstreuen darf im Volke. Aber was ernste, bewährte, kenntnisvolle, im Dienste des Volkes und Vaterlandes treu erfundene Männer zu sagen haben, das sollte man nicht unterdrücken. Wir sind keine Kinder ...“.

Theodor Brünger stand keineswegs in Fundamentalopposition zum Staat Hitlers. Ganz im Gegenteil: In seiner Korrespondenz finden sich immer wieder emphatische Bekenntnisse zum „Führer“ und seiner Regierung. Die Außenpolitik des nationalsozialistischen Deutschlands begeisterte ihn geradezu, weil sie auf die Revision des „Schandfriedens von Versailles“ und auf die Zurückdrängung des Bolschewismus abzielte – Revisionismus und Antibolschewismus waren zwei Eckpunkte im politischen Denken Theodor Brüngers. Dazu nur eine Passage aus einem Brief an seinen Sohn Helmuth vom 22. September 1938, geschrieben unter dem Eindruck der „Sudetenkrise“:

den Teilnehmern der Vierten Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche zu Bad Oeynhausen. Vgl. Niemöller, Wilhelm (Hg.): Die vierte Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche zu Bad Oeynhausen. Text, Dokumente, Berichte, Göttingen 1960, S. 100-105 (Teilnehmerverzeichnis). Es haben sich im Besitz der Familie Brünger leider keine Dokumente gefunden, die darüber Auskunft geben könnten, ob und wie Theodor Brünger an der Vorbereitung der Reichsbekenntnissynode in Bad Oeynhausen beteiligt war.

⁴² Niemöller, Chronik (wie Anm. 38), S. 23. Kurz darauf, am 22./23. Mai 1935, fand in Bad Oeynhausen eine Zusammenkunft von Vertretern der „zerstörten“ Kirchen Deutschlands mit 86 Teilnehmern statt. „Weil wir keinen Wert darauf legten, der Gestapo besonders aufzufallen“, so Wilhelm Niemöller (1898–1983), fanden die Beratungen am 22. Mai in Gohfeld, am 23. Mai in Bergkirchen statt. Man darf wohl annehmen, dass Theodor Brünger an der Organisation dieser Zusammenkunft beteiligt war. Vgl. Niemöller, Wilhelm: Kampf und Zeugnis der bekennenden Kirche, Bielefeld 1948, S. 233; Niemöller, Wilhelm: Bekennende Kirche in Westfalen, Bielefeld 1952, S. 165; Niemöller, Wilhelm: Aus dem Leben eines Bekenntnis Pfarrers, Bielefeld 1961, S. 139-143 (Zitat: S. 139); Niemöller, Chronik (wie Anm. 38), S. 23. Zu Wilhelm Niemöller vgl. Bauks, Pfarrer (wie Anm. 1), S. 362, Nr. 4510.

„Möchte doch die Stunde bald kommen, daß die wahren Kulturstaaten Europas sich endlich finden und zusammenschließen gegenüber dem satanischen Rußland! Dann wäre nach unserer Meinung endlich der drohende Schrecken des Weltbrandes gebannt. Dann könnten sich alle Völker Europas den Werken des Friedens wieder zuwenden. Unserem Führer aber würde dann Europas großer Dank gebühren für seine mit Kraft gepaarte Mäßigung. Schon jetzt wird es offenbar, daß man ihn in anderen Völkern mit Unrecht verschrien hat als den Scharfmacher.“⁴³

Aber auch die Familien- und Bevölkerungspolitik des nationalsozialistischen Staates sprach Theodor Brünger unmittelbar an. Weitere Anknüpfungspunkte dürften der „Volksgemeinschaftsgedanke“ und – leider muss man auch das sagen – eine subtile Form des Antisemitismus gewesen sein, in der „der Jude“ als Chiffre für alle Entwicklungen der modernen Gesellschaft stand, die aus christlich-konservativer Perspektive abzulehnen waren: Kommunismus, Sozialismus, ungebremster Kapitalismus, Börsenspekulation, Intellektualismus, liberale Presse, „Schmutz und Schund“ in der Kultur.⁴⁴

Dagegen stand die eindeutige und scharfe Kritik Theodor Brüngers an der NS-Kirchenpolitik, die letztlich in einer kritischen Haltung gegenüber dem Gedanken des Staatskirchentums gründete, wie man dem Brief an den Bruder Wilhelm entnehmen kann. Das Diktum Martin Niemöllers, der „Kirchenkampf“ sei ein „Kampf *in* der Kirche *um* die Kirche“⁴⁵ gewesen, trifft auf Theodor Brünger nicht zu. Er verlor bei der Auseinandersetzung zwischen der Bekennenden Kirche und den Deutschen Christen nie den Hintergrund aus den Augen – das prekäre Verhältnis von Kirche und Staat:

„Im Kirchenkampf leiden wir ja sehr darunter, daß wir angesichts des Generalangriffes der neuen Heiden keine einheitliche Front haben, sondern uns untereinander bekämpfen. Das ist uns eine schwere Anfechtung in unserem eigenen Herzen. Aber es stehen auch in diesem Kampfe mit den DC so wichtige Dinge auf dem Spiele, daß wir sie nicht einfach verraten können. Hier handelt es sich um das Recht der evangelischen Gemeinde, sich nach biblischem Vorbilde selbst zu leiten und in Freiheit zu wachsen[,] und andererseits um einen mehr als päpstlichen Hierarchismus. Es handelt sich auch darum, ob die Kirche um Gottes willen und um des Heiles der Menschenseelen willen da sein soll oder ob sie mit ihrem Evange-

⁴³ Theodor Brünger an Helmuth Brünger, 22. September 1938, Privatbesitz.

⁴⁴ Dazu grundlegend: Volkov, Shulamit: Antisemitismus als kultureller Code, in: Volkov, Shulamit (Hg.): Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. Zehn Essays, 2. Aufl. München 2000, S. 13-36.

⁴⁵ Zitiert nach Kaiser, Jochen-Christoph: Protestantismus und Krieg, in: Pohl, Karl Heinrich (Hg.): Wehrmacht und Vernichtungspolitik. Militär im nationalsozialistischen System, Göttingen 1999, S. 67-88, Zitat: S. 73.

lium dazu da sein soll, den Staat zu untermauern. Wenn man sie zu dem letzteren Zweck braucht und sich untertänig macht, dann ist sie nicht mehr echte christliche Kirche.“⁴⁶

Wo ist diese Position Theodor Brüngers innerhalb des Spektrums der Bekennenden Kirche zu verorten? Als er seine Gedanken über den „Kirchenkampf“ zu Papier brachte, zeichnete sich bereits ab, dass die Einheit der Bekennenden Kirche zusehends von innen her zerfiel. Auf der einen Seite standen die „intakten“ lutherischen Landeskirchen Bayern, Württemberg und Hannover, die einem volkskirchlichen Modell verpflichtet waren, an der alten konsistorialen Ordnung festhielten und zu einem vorsichtigen Kurs gegenüber dem Staat tendierten. Auf der anderen Seite sammelten sich die „Dahlemiten“, wie der radikale Flügel der Bekennenden Kirche polemisch genannt wurde, der alle Kompromisse mit der verfassten Kirche und dem Staat verwarf und das „Ideal einer aktiven, missionarisch tätigen Freiwilligkeitskirche“⁴⁷ innerhalb der verfassten Kirche verfolgte. Diese Richtung dominierte in den Bruderräten der meisten „zerstörten“ Landeskirchen sowie im Reichsbruderrat. Zwischen diese beiden Flügel schob sich eine bekenntnisorientierte Mittelgruppe, repräsentiert durch Pastor Fritz von Bodelschwingh, das evangelische Vereinswesen, die Innere und Äußere Mission. Von dieser Mittelposition aus betrachtet, vertrat Theodor Brünger – zugespitzt formuliert – eine fast schon „dahlemitische“ Position, die auf dem Recht der Bekenntniskräfte beharrte, sich notfalls außerhalb der Strukturen der verfassten Kirche zu sammeln. Im Brief an seinen Bruder Wilhelm heißt es etwa:

„Da unsere landeskirchlichen Gemeinden weithin erstorben sind im Unglauben und in Trägheit, genügten alle Versuche tapferer und treuer Menschen nicht mehr, die erstorbenen Glieder wieder zu beleben. Da muß Gott schon andere Mittel anwenden.“

Während die Bekenntnisgemeinde auf dem Wittekindshof (wie erwähnt) 1935/1936 weitgehend eingeschlafen war, führte Theodor Brünger in seiner Eigenschaft als Vorsteher einen zähen Kleinkrieg gegen alles, was ihm als neuheidnische Umtriebe oder als unzulässiger Eingriff des Staates in die Autonomie der Anstaltsgemeinde erschien. Dazu ein Beispiel: Am 15. Januar 1936 wandte sich der Führer des Fähnleins „Alemannen“ des Deutschen Jungvolks in der Hitlerjugend, Jungzugführer H. Leimbach aus Bergkirchen – vermutlich ein Verwandter des Hausvaters Heinrich Leimbach (1866–1936) –, an Theodor Brünger mit der Bitte, dem Fähnlein

⁴⁶ Theodor Brünger an Helmuth Brünger, 22. September 1938, Privatbesitz.

⁴⁷ Maurer, Wilhelm: Ausklang und Folgen des Kirchenkampfes, in: Rieger, Paul/Strauß, Johannes (Hgg.): Kirche und Nationalsozialismus. Zur Geschichte des Kirchenkampfes, München 1969, S. 235-257, Zitat: S. 242.

für einen Schulungskurs das Vorwerk zu überlassen.⁴⁸ Brünger antwortete drei Tage später, am 18. Januar 1936: Man könne dem Jungvolk die Räume im Vorwerk nur dann zur Verfügung stellen, „wenn uns eine hinreichende Gewähr geboten wird, daß in den abzuhaltenden Kursen jegliche Propaganda für den Deutschglauben nach Rosenberg oder Hauer usw. unterbleibt.“⁴⁹ Der nationalsozialistische „Chefideologe“ Alfred Rosenberg (1892–1946), der Leiter des „Kampfbundes für deutsche Kultur“, hatte in seinem Buch „Der Mythos des XX. Jahrhunderts“ (1930) eine „Entjudung“ des Christentums propagiert.⁵⁰ Der Indologe Jakob Wilhelm Hauer (1881–1962) hatte 1933 die dezidiert neuheidnische „Deutsche Glaubensbewegung“ begründet.⁵¹ Auch wenn die Bekennende Kirche in sich in eine Vielzahl von Fraktionen zerfallen war – in der Auseinandersetzung mit dem nordischen Neuheidentum bildete sie eine geschlossene Front.⁵² Auch Theodor Brünger war dies ein besonderes Anliegen. Mit Argusaugen wachte er darüber, dass dieses Gedankengut nicht in die Jugendarbeit des Wittekindshofes einsickerte. Gäbe die Kirche für solche Zwecke ihre Räume her, „so würde sie ja den Ast absägen helfen, auf dem sie sitzt“, schrieb er dem Jungzugführer Leimbach. Würde sich die Hitlerjugend auf die „politische Schulung“ beschränken, würde der Wittekindshof sie gerne fördern. „Wenn sie aber die Kirche bekämpft, so besteht eben ein Kampfzustand. Wenn wir angegriffen werden, so werden wir uns verteidigen. Klare Fronten!“

Die scharfe Antwort Brüngers rührte daher, dass er kurz zuvor von seiner Tochter Elisabeth (1920–1980) über eine Schulfeier am 13. Januar 1936 im Oberlyzeum in Minden in Kenntnis gesetzt worden war. Bei dieser Feier war der Schule die Fahne der Hitlerjugend überreicht worden, weil neunzig Prozent der Schülerinnen in den Bund Deutscher Mädel

⁴⁸ Deutsches Jungvolk, Fähnlein „Alemannen“ an Theodor Brünger, 15. Januar 1936, Privatbesitz.

⁴⁹ Theodor Brünger an H. Leimbach, 18. Januar 1936, Privatbesitz. Danach auch die folgenden Zitate.

⁵⁰ Vgl. zuletzt: Molau, Andreas: Alfred Rosenberg. Der Ideologe des Nationalsozialismus. Eine politische Biographie, Koblenz 1993; Piper, Ernst: Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe, München 2005; Koop, Volker: Alfred Rosenberg – der Wegbereiter des Holocaust. Eine Biographie, Köln/Wien 2016.

⁵¹ Vgl. Baumann, Schaul: Die Deutsche Glaubensbewegung und ihr Gründer Jakob Wilhelm Hauer (1881–1962), Marburg 2005.

⁵² Vgl. Baumgärtner, Raimund: Weltanschauungskampf im Dritten Reich. Die Auseinandersetzung der Kirchen mit Alfred Rosenberg, Mainz 1977; Iber, Harald: Christlicher Glaube oder rassischer Mythos. Die Auseinandersetzung der Bekennenden Kirche mit Alfred Rosenbergs „Mythos des 20. Jahrhunderts“, Frankfurt (Main) 1987. – Zur Auseinandersetzung des Schulpfarrers am Evangelisch Städtischen Gymnasium in Gütersloh, Wilhelm Florin (1894–1944), mit dem „Mythos des XX. Jahrhunderts“ vgl. Schmuhl, Hans-Walter: Die Stadt unter dem Hakenkreuz. Zustimmung, Resistenz und Ausgrenzung, in: Freitag, Werner (Hg.): Geschichte der Stadt Gütersloh, 2. Aufl. Bielefeld 2003, S. 403–447, hier: S. 429f. Zu Wilhelm Florin vgl. Bauks, Pfarrer (wie Anm. 1), S. 134, Nr. 1725.

eingetreten waren. Dabei hatte ein Funktionär der Kreisschulungsleitung eine Rede voller „nationalsozialistische[r] Schlagworte“ gehalten. Im Hinblick auf die „kirchlichen Streitigkeiten“ habe dieser Funktionär, so hatte Elisabeth empört nach Hause berichtet, gesagt: „Wir brauchen keinen katholischen und keinen evangelischen Gott. Unser Gott spricht zu uns durch unser Blut“.⁵³ Brünger brachte diesen Fall vor die Pfarrkonferenz und erstattete auch Präses Karl Koch Bericht.⁵⁴ Dafür verschaffte er sich Schulungsmaterial des BDM. Darin, so Brünger in seinem Schreiben an den Führer des Fähnleins der „Alemannen“, sei „das Ziel der Wegführung der Mädels vom christlichen Glauben zum Deutschglauben so offen und zielbewußt ausgesprochen, daß ich noch nicht weiß, ob meine Kinder im BDM bleiben können.“⁵⁵ Leimbach beeilte sich, schriftlich zu versichern, dass es ihm fern liege, die Jungen seines Fähnleins „deutschgläubig“⁵⁶ zu machen, „da Deutschglaube nach Hauer für uns gar nicht in Frage kommt.“ Man wolle vielmehr die Jungen „zu politischen Soldaten des Führers“ machen – für dieses Ziel bat der Jungzugführer den Vorsteher des Wittekindshofes um Unterstützung. Doch Brünger blieb unnachgiebig: „Wenn nicht Deutschglaube nach Hauer bei der Schulung in Frage kommt, so doch wohl Deutschglaube nach Rosenberg.“⁵⁷ Das schrieb Brünger dem Fähnleinführer Leimbach, den er in diesem Brief kurzerhand duzte: „Wenn ich auch wohl annehmen kann, daß *DU* nicht die Absicht hast, die Jungen vom Christentum wegzuführen, so kannst Du doch bei der heutigen Lage nicht die Gewähr bieten, daß es nicht andere tun.“

4. Helmuth Brünger, die Hitlerjugend und die SA

Theodor Brünger stand mit seiner entschiedenen Parteinahme innerhalb seiner Familie keineswegs allein. Wie er in einem seiner seltenen Briefe an den nach Kanada ausgewanderten Bruder Hans (1886–1967) vom 2. Juni 1939 schrieb, habe sich auch der 1937 verstorbene Bruder Heinrich (* 1872)⁵⁸ zur Bekennenden Kirche gehalten, ebenso die Schwiegersöhne – Pastor Gerhard Wellmer (1899–1969)⁵⁹ in Hüllhorst, verheiratet mit der Tochter Anneliese (* 1910), und Pastor Johannes Klevinghaus (1911–

⁵³ Theodor Brünger an Pastor Berner, 16. Januar 1936, Privatbesitz.

⁵⁴ Theodor Brünger an Karl Koch, 19. Januar 1936, Privatbesitz.

⁵⁵ Theodor Brünger an H. Leimbach, 18. Januar 1936, Privatbesitz.

⁵⁶ H. Leimbach, Fähnlein „Alemannen“ an Theodor Brünger, 25. Januar 1936, Privatbesitz. Danach auch die folgenden Zitate.

⁵⁷ Theodor Brünger an H. Leimbach, 26. Januar 1936, Privatbesitz. Danach auch das folgende Zitat.

⁵⁸ Vgl. Bauks, Pfarrer (wie Anm. 1), S. 64, Nr. 822.

⁵⁹ Vgl. a.a.O., S. 546, Nr. 6786.

1970)⁶⁰ in Schildesche, verheiratet mit der Tochter Martha (1914–2000). Auch die Kinder von Theodor und Anna Brünger teilten diese kirchenpolitische Haltung, wie am Beispiel des ältesten Sohnes Helmuth dargestellt werden soll. Dies zeigt zugleich, wie schwierig es für große Teile der Bekennenden Kirche war, eine klare politische Position gegenüber dem Nationalsozialismus zu entwickeln. Da sich in dem überlassenen Quellenkonvolut eine Fülle von Briefen aus der Feder Helmuths findet, ist es möglich, dessen politische Entwicklung in den Jahren von 1933 bis 1936 minutiös nachzuzeichnen.

Helmuth Brünger, geboren am 12. Dezember 1915, besuchte von 1926 bis 1935 das traditionsreiche Evangelisch-Stiftische Gymnasium in Gütersloh, Westfalens „Pastorenfabrik“. Die „Machtergreifung“ erlebte er als Gymnasiast in Gütersloh. Am 5. März 1933, dem Tag der von Adolf Hitler nach seiner Ernennung zum Reichskanzler angesetzten Reichstagswahl, schrieb er einen – mit einem selbst gezeichneten Hakenkreuz verzierten – Brief an seine Familie, in dem er in freudiger Erregung die letzten Wahlvorbereitungen schilderte. „Wir haben zur Feier des Tages schwarz-weiß-rot geflaggt“,⁶¹ berichtete er stolz, also die Flagge des Kaiserreichs statt der schwarz-rot-goldenen Fahne der Weimarer Republik aufgezogen. Den Abend wollte er bei den Nachbarn am Radio verbringen, um die Wahlergebnisse zu hören. „Hoffentlich ist diesmal geglückt, worum wir in der Nacht nach der vorigen Wahl vergeblich uns sehnten.“ Helmuth verlieh also ganz selbstverständlich seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Parteien, welche die „Regierung der nationalen Konzentration“ trugen, die Wahl gewinnen würden, und er ging ebenso selbstverständlich davon aus, dass seine Familie diese Hoffnung teilte. Wenige Tage später wurde Helmuth zum „Obmann“ des Bundes Deutscher Bibelkreise im Kreis Gütersloh ernannt.⁶² Zu Pfingsten 1933 nahm er, wie er seiner Familie begeistert berichtete, mit tausenden anderen Mitgliedern der bündisch organisierten evangelischen Jugend am Reichslager des Bundes Deutscher Bibelkreise in der Senne teil und sah und hörte dort auch den designierten Reichsbischof Fritz von Bodelschwingh. Diesen Brief unterschrieb er übrigens mit „Goethe-Heil“.⁶³

⁶⁰ Vgl. a.a.O., S. 255, Nr. 3221.

⁶¹ Helmuth Brünger an seine Eltern und Geschwister, 4./5. März 1933, Privatbesitz. Danach auch das folgende Zitat.

⁶² Helmuth Brünger an seine Familie, 26./30. März 1933, Privatbesitz. Vgl. Warns, Eberhard: Geschichte der Schülerbibelkreise 1883–1967, Wuppertal 1968.

⁶³ Helmuth Brünger an seine Familie, „am Tage der Sommersonnenwende 1933“, Privatbesitz. Zur Reichstagung der Schülerbibelkreise zu Pfingsten 1933 waren 5.000 Teilnehmer aus ganz Deutschland in der Senne zusammengelassen. Vgl. Gädecke, Reinhard: Beiträge zur Geschichte der Schülerbibelkreise Westfalen (BK) von 1883 bis 1983, in: JWKG 79 (1986), S. 201–237, hier: S. 211; Warns, Eberhard: Zur Geschichte der Schülerbibelkreise Westfalen und des Zingsthofes, in: JWKG 87 (1993), S. 161–246, hier: S. 171f.

Die Begeisterung für das neue Deutschland und das Engagement in der evangelischen Jugendbewegung sollten jedoch zu manchem Zwiespalt führen. Am 30. Januar 1934 – „ein Jahr nach dem Regierungsantritt unseres Reichskanzlers“,⁶⁴ wie er fein säuberlich vermerkte – berichtete Helmuth nach Hause, es sei „hier etwas Wüstes vorgekommen“. Bei einem Werbeabend der Hitlerjugend habe der Redner, ein Bannführer aus Bielefeld, sich „in wüsten Reden [ergangen], die schließlich darin gipfelten, daß der Kaiser und später auch die Führer und Mitglieder des Ev[angelischen] Jugendwerkes ‚Volksverräter‘ wären. Von der Kapelle aus mußten wir da spielen, da habe ich mich [...] schrecklich geschämt, daß wir uns im Braunhemd solche Schmähreden gegen unsere Führer anhören sollten.“ Weiter berichtete Helmuth, dass er am nächsten Morgen ein großes Plakat an das schwarze Brett der Schule gehängt habe. Der Text lautete: „Die Jungenschaft weist es scharf zurück, daß die Führer des Ev[angelischen] Jugendwerkes öffentlich als ‚Volksverräter‘ (rot geschrieben) bezeichnet werden.“ Dies habe wie ein „Donnerschlag“ gewirkt. „Restlose Zustimmung“ habe er „von Seiten der SA und der Scharnhorstjugend“, also der Jugendorganisation des Stahlhelms, die soeben in die HJ eingegliedert worden war, erhalten. „Vernünftige Parteigenossen“, besonders die „Alten Kämpfer“, seien „in heller Empörung über die Rede eines ‚grünen Jungen‘.“ Die Hitlerjugend verteidigte hingegen die Position ihres Redners – nun wisse man wenigstens, woran man sei, kommentierte Helmuth Brünger. „Mir ist nur eines nicht ganz klar“, schrieb er am Ende seines Briefes: „Die HJ will die konf[essionellen] Verbände eingliedern, weil sie deren Wert kennt (der hiesige Standartenführer hat mir den Posten eines Scharführers angeboten, was ich natürlich abgelehnt habe). Daß sie aber morgen Leute eingliedern will, die sie heute als Volksverräter bezeichnet, ist erstens grenzenlose Dummheit oder gefährliche Inkonsistenz.“ Unterzeichnet ist der Brief – wohlgemerkt: an seine Eltern – mit „Heil Hitler“ – ein Symbol der Ambivalenz. Helmuth Brünger war hin- und hergerissen zwischen seiner Begeisterung für den neuen Staat, dem Wunsch, sich in die Bewegung einzureihen, seiner kirchlichen Bindung, seiner Loyalität zum evangelischen Jugendwerk und seiner Empörung, dass dieses ausgerechnet von der Hitlerjugend diffamiert wurde. Wenig später, im April 1934,⁶⁵ lösten sich die Bibelkreise unter dem „Gleichschaltungsdruck“ des Staates auf, wenngleich die Gütersloher Gruppe – wie Helmuth nach Hause berichtete – sich nach wie vor an jedem Freitag zu

⁶⁴ Helmuth Brünger an seine Familie, 30. Januar 1934, Privatbesitz. Danach auch die folgenden Zitate.

⁶⁵ Der letzte Appell der Landesmark Westfalen fand am 11. April 1934 in Dortmund statt. Die Arbeit mit den über 18jährigen Jugendlichen, die sich als „Jungmannschaft“ formierten, war von der Auflösung nicht betroffen. In der Leitung war Johannes Klevinghaus aktiv, der später Helmuth Brüngers Schwager werden sollte. Gädecke, Beiträge (wie Anm. 63), S. 214.

„Bibel- und Aussprechabende[n]“⁶⁶ traf. Im selben Brief erwähnte Helmuth, dass es in der Schule erhebliche Konflikte mit dem Unterbannführer der HJ gab, dessen „Disziplinlosigkeit“ von einer „Klassenkonferenz“ mit einer „tüchtige[n] Strafe“ belegt worden sei. Überraschenderweise fährt Helmuth an dieser Stelle fort:

„Ach so. Da fällt mir die HJ ein. Ich habe mich erst mal dort angemeldet. Ich weiß aber nicht, ob die Leute, die früher im Bund eine Führerstellung gehabt haben, dort in der HJ eine bekommen. Wenn ich als gemeiner Mann mit den anderen dummen Jungens mitmachen soll, so habe ich vor, solange in der HJ Kapelle Dienst zu tun, bis die Aufnahmesperre in der SA aufgehoben wird[,] und dann suche ich bei der nächsten Gelegenheit dort anzukommen.“

Tatsächlich gelang wenige Monate später der Übertritt in die SA. Im September schrieb er darüber an seine Familie:

„Der SA Dienst beansprucht uns jetzt mehr als früher[,] und doch macht mir der Dienst noch Spaß. Er ist einmal wirklich rechtes Arbeiten und ernsthafte Leistung und keine Spielerei mit solch ernsten Dingen, wie sie in der HJ getrieben wird [sic], wie wir sie, das muß ich leider zugeben, auch manchmal im BK [Bund Deutscher Bibelkreise] getrieben haben.“⁶⁷

Worin der Dienst bestand, erfahren wir aus einem Brief vom 3. November 1934. An diesem Tag war Helmuth mit seiner Einheit zum Gruppeneufmarsch der SA nach Münster abkommandiert. Bei einer Rede des berüchtigten „Frankenführers“ Julius Streicher (1876–1951) sollte er mit der SA-Kapelle aufspielen. In diesem Brief berichtete er auch, dass nun alle 18-Jährigen aus der HJ in die SA überführt würden – „wir aber sind schon die ‚alten Kämpfer‘.“⁶⁸

Zu Ostern 1935 bestand Helmuth das Abitur und wurde für ein halbes Jahr zum Reichsarbeitsdienst eingezogen, den er auf der Baustelle des Fliegerhorstes Wunstorf ableistete. Da würden ihm, so Theodor Brünger, „die letzten Albernheiten der Flegeljahre und die Pennälerflausen vergehen.“⁶⁹ Helmuth wollte Theologie studieren, was seinen Vater mit freudigem Stolz erfüllte: „Wir brauchen jetzt in der Kirche Kämpfer. Das kann einen jungen Mann wohl locken, dem das Herz auf dem rechten Fleck sitzt.“ Helmuths freiwillige Meldung zur neuen Wehrmacht kam zu spät, und deshalb begann er im Wintersemester 1935/1936 mit dem Studium

⁶⁶ Helmuth Brünger an seine Familie, 3. März 1934, Privatbesitz. Danach auch die folgenden Zitate. Vgl. Gädecke, Beiträge (wie Anm. 63), S. 215-224.

⁶⁷ Helmuth Brünger an seine Eltern, 4. September 1934, Privatbesitz.

⁶⁸ Helmuth Brünger an seine Familie, 3. November 1934, Privatbesitz.

⁶⁹ Theodor Brünger an Wilhelm Brünger, 23. April 1935, Privatbesitz. Danach auch das folgende Zitat.

der Theologie in Erlangen. Dort schloss sich Helmuth sofort dem „Wingolf“ an, der alteingesessenen, überkonfessionell-christlichen, farbentragenden nichtschlagenden Studentenverbindung.⁷⁰ Er wohnte auch zunächst im Erlanger Wingolfhaus. Zugleich meldete er sich bei der dortigen SA an.⁷¹

Wieder geriet Helmuth zwischen die Fronten, als sich der Wingolf – gemeinsam mit anderen studentischen Verbindungen – im Januar/Februar 1936 unter dem Druck des nationalsozialistischen Staates selbst auflöste. Aus Helmuths Briefen geht hervor, dass die „Wingolfiten“ den Kontakt untereinander und zu den „Philistern“ hielten, sich auch nach wie vor im Wingolfhaus trafen und versuchten, das Verbindungsleben unauffällig fortzuführen.⁷² Helmuth berichtete auch von gewaltsamen Übergriffen des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes auf Verbindungsstudenten, die an ihren Bräuchen festhielten.⁷³

Im November 1936 kam für Helmuth Brünger die Stunde der Entscheidung. Die SA-Gruppe Franken gab einen Befehl heraus, der es den SA-Leuten verbot, in Uniform in die Kirche zu gehen oder an Beerdigungen teilzunehmen. Begründet wurde dies damit, „daß die SA jede Verbindung zu Organisationen ablehne, die sich feindlich einstellen gegenüber Partei, Staat und Führer.“⁷⁴ Die Theologiestudenten innerhalb der SA luden den zuständigen Standartenführer zu einer Diskussion ein und protestierten „mit aller Schärfe“ gegen den Befehl. Der Standartenführer weigerte sich, die vermeintlich staats- und parteifeindlichen Organisationen namentlich zu benennen. Der Erlanger Sturmbannführer hatte weniger Skrupel und gab unumwunden zu, dass der Befehl sich gegen die „Bekennniskirche“ wende.

„Sogleich war die Entscheidungsfrage da (alle anwesenden Studiker waren Mitglieder der BK [Bekennenden Kirche]): kann ein Mitglied der BK noch in der SA sein? Statt einer Antwort ‚ohne Hörner und Zähne‘ zog sich der Staf. [Standartenführer] auf den Befehl zurück, daß ein SA Führer sich in Sachen religiöser Anschauung nicht zu äußern habe. Das deutsche

⁷⁰ Vgl. Menze, Hugo/Tiebel, Hans-Martin: Geschichte des Wingolfs 1917–1970, Lahr 1971; Zocher, Ingo: Der Wingolfsbund im Spannungsfeld von Theologie und Politik 1918–1935. Eine Theologenverbindung zwischen nationaler Identität und christlichem Prinzip, Vierow bei Greifswald 1996; Gottschaldt, Eva (Hg.): „Das ist die Tat unseres herrlichen Führers.“ Die christlichen Studentenverbindungen Wingolf und der Nationalsozialismus im Spiegel der Verbandspresse. Eine Dokumentation, Marburg 1997.

⁷¹ Helmuth Brünger an seine Eltern, 1. November 1935, 5. November 1935, 23. Dezember 1935, Privatbesitz.

⁷² Vgl. Menze/Tiebel, Geschichte (wie Anm. 62), S. 83.

⁷³ Helmuth Brünger an seine Eltern, 3. Februar 1936, 3. April 1936, 18. Juni 1936, Privatbesitz.

⁷⁴ Helmuth Brünger an seine Eltern, 15. November 1936, Privatbesitz. Danach auch die folgenden Zitate.

Der Wittekindshof, die Familie Brünger und der „Kirchenkampf“

Volk und die SA seien gläubig (Einschiebung von mir: woran? An die Vor-
setzung, an ein unpersönliches ‚Es!‘).“

Helmuth Brünger meldete sich in der Diskussion auch zu Wort und protestierte unter Berufung auf einen Erlass zur religiösen Neutralität der SA aus dem Jahr 1933 energisch gegen ein Lied mit dem Titel „Der Herbststurm“, das die SA-Gruppe Franken mit der Bemerkung, es sei in den Einheiten einzuüben und zu singen, auf den Dienstplan gesetzt hatte. Besonders der Refrain hatte Helmuth in Harnisch gebracht: „Der Pfaffe blieb, dem Volke die Seele zu rauben, ob er’s römisch oder lutherisch trieb, er lehrte den jüdischen Glauben.“ Dies sei „ein Angriff übelster Sorte“ auf die religiösen Anschauungen der bewusst evangelischen SA-Leute. Was Helmuth Brünger besonders erregte: „Gerade bei der Klarheit, die wir als Nationalsozialisten betreffs des Rassedenkens, speziell der jüdischen Rasse, haben, muß diese Verleumdung uns doppelt treffen.“ Der Standortenführer habe erwidert, er brauche das Lied ja nicht mitzusingen, wenn es ihm nicht passe. Helmuth war entrüstet: Eine solche Lösung kam für ihn nicht in Frage. Er wollte nicht „in Gewissenssachen um Bequemlichkeit und äußerlicher Vorteile willen Konzessionen“ machen. So kam für ihn nur der Austritt aus der SA in Frage, den er, wenn auch mit „Beklemmung und Sorgen“, tatsächlich vollzog.⁷⁵

Die Einberufung Helmuth Brüngers zur Wehrmacht im Herbst 1937 machte dann weiteren politischen Querelen ein Ende. Er sollte nicht mehr in das Zivilleben zurückkehren. Kurz vor dem Ende seiner Wehrdienstzeit brach der Zweite Weltkrieg aus – 1942 fiel Helmuth Brünger als Oberleutnant an der Ostfront.

5. Die zweite Phase des „Kirchenkampfes“ auf dem Wittekindshof (1937–1939)

Nachdem sich der „Kirchenkampf“ auf dem Wittekindshof in den Jahren 1935/1936 auf kleine Scharmützel mit Parteistellen beschränkt hatte, nahm er 1937 wieder Fahrt auf. Die Verhaftung Martin Niemöllers am 1. Juli 1937 sei wie „ein Fanfarenton durch die Gemeinde“⁷⁶ gegangen, berichtete Theodor Brünger später. Auf dem Wittekindshof kursierte eine Solidaritätsadresse für Martin Niemöller.⁷⁷ Brünger hatte „das Gefühl, daß es jetzt nicht mehr tragbar sei, so passiv zu bleiben“. Er wandte sich daher am 5. Juli an den Vorsitzenden des Vorstandes, Pfarrer Kortmann, und

⁷⁵ Verfügung der SA/Marinesturmabteilung I/110, 18. Januar 1937, Privatbesitz.

⁷⁶ Theodor Brünger an Hermann Möller, 24. Juli 1937, AW. Danach auch die folgenden Zitate.

⁷⁷ Die Abschrift einer solchen Erklärung, unterschrieben von dem blinden Hilfsprediger Eckhardt, 15. August 1937, findet sich im Privatbesitz der Familie Brünger.

erklärte, dass er den Beschluss des Vorstandes vom 25. Oktober 1934 „als eine nicht mehr tragbare Fessel fühle“ und er „gewissenshalber den Vorstand wissen lassen wolle“, dass er sich zur Bekennenden Kirche halte, in Präses Koch seinen Vorgesetzten sehe und sich dem Provinzial-Bruderrat unterstelle. „In dieser Zeit des verschärften Kirchenkampfes“ müsse er die Möglichkeit haben, seiner Gemeinde die Bekanntmachungen und Kanzelabkündigungen der Vorläufigen Kirchenleitung und des Provinzial-Bruderrates mitzuteilen. Er werde sich nun „diese Freiheit nehmen“. Um aber dem Beschluss vom 25. Oktober 1934 nicht zuwider zu handeln, werde er die Bekanntmachungen nicht während der Gottesdienste in der Wittekindshofer Kirche verlesen, sondern in besonderen Versammlungen. Kortmann bat Brünger nach Rücksprache mit anderen Vorstandsmitgliedern, nichts zu unternehmen, ehe nicht der Vorstand nochmals darüber beraten habe. Brünger hielt dessen ungeachtet zwei Versammlungen im Haus des Bauern Karl Sundermeyer († 1973) in Volmerdingsen ab, verlas dabei die Nachrichten der Vorläufigen Kirchenleitung und sprach die von ihr vorgeschlagene „Fürbitte für die verfolgten Brüder und Schwestern“.

Der Vorstand befasste sich am 21. Juli 1937 mit dieser neuen Entwicklung. In dieser Sitzung hatte Brünger, wie er wenige Tage später an Pastor Hermann Möller (1881–1955),⁷⁸ den Geschäftsführer des Provinzialausschusses für Innere Mission, berichtete, zunächst nur seinen Volmerdingser Amtsbruder, Pfarrer Heinrich Dustmann, auf seiner Seite und „sechs Verteidiger des absoluten Kirchenfriedens gegen mich, darunter auch den Vorsitzenden“. Leider habe er feststellen müssen, „daß Bruder D. Joh[annes] Kuhlo mir dauernd in den Rücken fiel bei meiner Verteidigung des Standpunktes der BK [Bekennenden Kirche]“. Nach langer Aussprache bekräftigte der Vorstand in Abwesenheit Brüngers einstimmig seinen Beschluss vom 19. November 1934 und forderte Brünger zu einer „Selbstverpflichtung zur kirchenpolitischen Neutralität“ auf. In seinem Brief an Möller schilderte Brünger, wie es zu diesem Beschluss gekommen war. Die nationalsozialistischen Vorstandsmitglieder hätten durchblicken lassen, dass sie in dem Fall, dass Brünger keine solche Selbstverpflichtung abgeben werde, ihren Rücktritt aus dem Vorstand erklären und der Bezirksregierung in Minden und dem Oberpräsidium in Münster melden würden, dass der Anstaltsleiter des Wittekindshofes eine „staatsfeindliche Gesinnung“ hege und diese unter seinen Angestellten verbreite. Dies werde unweigerlich zum Abzug der vom Landeshauptmann auf dem Wittekindshof untergebrachten Bewohnerinnen und Bewohner führen. Brünger „zerstöre also ein blühendes Werk der Inneren Mission, schädige die Innere Mission, die Kirche, die Angestellten und die Pfleglinge. Diese verheerenden Folgen“ seien ihm „sehr drastisch vor Augen geführt“ worden. Am Ende knickte auch Brüngers einziger Fürsprecher, Pfarrer

⁷⁸ Vgl. Bauks, Pfarrer (wie Anm. 1), S. 338, Nr. 4240.

Dustmann, ein und beschwor Brünger, er möge „nachgeben, sonst sei alles verloren“.

Zugleich setzte sich der Vorstand in seiner Sitzung am 21. Juli 1937 über den Antrag Brüngers hinweg, zur bevorstehenden 50-Jahr-Feier des Wittekindshofes keine „Vertreter des Staates, der Partei und der Kirche“⁷⁹ einzuladen. Weiter beschloss der Vorstand, dass die Prediger und Redner „gebeten werden [sollten], in ihren Ausführungen kirchen- und staatspolitische Erwägungen zu unterlassen“. Außerdem sollten „Herren, die aktiv im Kirchenstreit sich betätigt haben, [...] als Prediger nicht gebeten werden.“ Das war insofern heikel, als Theodor Brünger bereits Präses Karl Koch eingeladen hatte, die Festpredigt zu halten. Nun musste er den führenden Kopf der Bekennenden Kirche in Westfalen wieder ausladen. Predigten und Festreden übernahmen bei der Feier am 29. August schließlich Pastor Erich Meyer (1881–1953),⁸⁰ der Vorsteher der Diakonissenanstalt Sarepta, Pastor Hermann Möller und Pastor Paul Tegtmeier (1886–1967),⁸¹ der Vorsteher der Diakonenanstalt Nazareth. Die ganze Feier war nunmehr demonstrativ als eine Veranstaltung der Inneren Mission aufgezogen (wobei insbesondere die Verbundenheit des Wittekindshofes mit den von Bodelschwingschen Anstalten hervorgehoben wurde). Die verfasste Kirche wurde völlig außen vor gelassen, ebenso wie der Staat, nachdem kein Behördenvertreter zu dem Fest erschienen war.

Während die Vorbereitungen zur 50-Jahr-Feier liefen, dachte Brünger intensiv darüber nach, wie er auf die im Raum stehende Forderung des Vorstandes nach einer weiteren Selbstverpflichtung zur kirchenpolitischen Neutralität reagieren sollte. Er bat Pastor Hermann Möller um Rat, ließ durch ihn auch beim Präses anfragen, ob dieser Brünger „unter den obwaltenden Umständen“⁸² von der Pflicht entbinden könne, die Bekanntmachungen der Vorläufigen Kirchenleitung zu verlesen. Weiterhin suchte Brünger die theologische Debatte mit dem Pastor und „Posaunengeneral“ Johannes Kuhlo (1856–1941),⁸³ der ihm am 30. Juli 1937, also kurz nach der Vorstandssitzung, in der Brünger ein Ultimatum gestellt worden war, einen belehrenden Brief geschickt hatte, der sich jetzt in den Familienpapieren angefundenes hat. Kuhlo übersandte Brünger als Anlage zu diesem Brief zwei Abschriften, die belegen sollten, dass er – Kuhlo – sich sehr wohl für den „trefflichen Niemöller“⁸⁴ einsetze. Zugleich tadelte Kuhlo die „Heißsporne in der Bekenntnisfront“. Weiter heißt es in dem

⁷⁹ Protokoll der Vorstandssitzung am 21. Juli 1937, AW. Danach auch die folgenden Zitate.

⁸⁰ Vgl. Bauks, Pfarrer (wie Anm. 1), S. 322, Nr. 4055.

⁸¹ Vgl. a.a.O., S. 505, Nr. 6264.

⁸² Theodor Brünger an Hermann Möller, 24. Juli 1937, AW.

⁸³ Vgl. Bauks, Pfarrer (wie Anm. 1), S. 285, Nr. 3567.

⁸⁴ Johannes Kuhlo an Theodor Brünger, 30. Juli 1937, Privatbesitz. Danach auch die folgenden Zitate.

Brief: „Wenn wir das Wort Gottes lauter u[nd] rein verkündigen, dann wird auch alles Bekenntniswidrige getroffen u[nd] wir brauchen keine Extra-Bekenntnisgottesdienste. Gott schenke Dir u[nd] dem lieben treuen Dustmann diese Erkenntnis.“ In einem Brief an Kuhlo vom 12. August 1937 warnte Brünger vor dem Neuheidentum der Nationalsozialisten: Man könne doch nicht so tun, „als wenn es gar keinen Kirchenkampf gäbe und als wenn das Evangelium gar nicht bedroht wäre“.⁸⁵ Kuhlos Antwort ist nicht erhalten, es ist aber nicht anzunehmen, dass er von seiner Haltung auch nur ein Jota abrückte.⁸⁶

Schließlich gab Brünger, wohl nach Rücksprache mit Koch, Möller und anderen, in der Vorstandssitzung am 20. Oktober 1937 die von ihm verlangte Erklärung ab.⁸⁷ Darin verpflichtete er sich freilich nur, in Zukunft keine kirchenpolitischen Versammlungen *auf dem Anstaltsgelände* mehr abzuhalten. Ausdrücklich behielt er sich hingegen das Recht vor, „der Bekennenden Kirche anzugehören und Versammlungen der Bekennenden Kirche an anderen Orten zu besuchen, sei es mit oder ohne meine Gemeinde“.⁸⁸ Auch behielt er sich Brünger vor, „in einer Gemeinde außerhalb von Wittekindshof und Volmerdingen zu kirchlichen oder kirchenpolitischen Fragen Stellung zu nehmen“, wenn er darum gebeten werde. Er werde sich „zu solchem Dienst“ jedoch „nicht drängen“. Wenn er aber dazu aufgefordert werde, wolle er nicht verpflichtet sein, „in jedem Fall zu sagen: Es ist mir verboten!“ Allerdings sicherte er zu, er werde „im Kirchenkampf nicht hetzerisch oder fanatisch oder unsachlich reden oder handeln“. „Zur Klarstellung“ fügte Brünger noch an, „daß Verteidigung des evangelischen Glaubens gegen falsche Lehre *nicht Kirchenpolitik* ist. Es ist Pflicht eines jeden ordinierten Pfarrers auf Grund seiner Ordinationsverpflichtung, ja Pflicht eines jeden mündigen Christen.“ Schließlich kündigte Brünger an, er werde nur so lange kirchenpolitische Neutralität wahren, wie auch die gegnerische Seite sich aller öffentlichen Äußerungen innerhalb der Anstalt enthalte.⁸⁹

Trotz dieser vielen Einschränkungen akzeptierte der Vorstand die Erklärung Brüngers. Fortan herrschte im „Kirchenkampf“ auf dem Witte-

⁸⁵ Theodor Brünger an Johannes Kuhlo, 12. August 1937, AW, Mappe „Kirchenkampf“.

⁸⁶ Zu Kuhlo vgl. Neumann, Reinhard: Pastor Johannes Kuhlo (1856–1941). Seine politischen Einstellungen als Vorsteher der Westfälischen Diakonenanstalt Nazareth von 1893–1922 und darüber hinaus, in: JWKG 102 (2006), S. 367–403.

⁸⁷ Protokoll der Vorstandssitzung am 20. Oktober 1937, AW.

⁸⁸ Erklärung von Anstaltspfarrer und Anstaltsleiter Brünger zum erweiterten Predigtverbot, AW, Anlage zum Protokollbuch 2. Danach auch die folgenden Zitate.

⁸⁹ In seinem Schreiben an Kuhlo hatte Brünger beklagt, dass die Deutschen Christen per Post „Flugblätter und Werbeschriften“ auf dem Wittekindshof verbreiteten, während die Nachrichten der Bekennenden Kirche durch „persönliche Boten“ ausgetragen werden müssten. Theodor Brünger an Johannes Kuhlo, 12. August 1937, AW, Mappe „Kirchenkampf“.

kindshof ein brüchiger Friede. Wo immer die Rechte und Freiheiten seiner Gemeinde eingeschränkt werden sollten, ließ es sich Brünger freilich nicht nehmen, energisch Protest einzulegen, etwa gegen den Versuch des Amtsbürgermeisters Rehme im März 1939, Richtlinien für die Veranstaltungen der Frauenhilfe des Wittekindshofes zu oktroyieren.⁹⁰

Kurz zuvor, am 23. Dezember 1938, kam Theodor Brünger in einem Brief an seinen Bruder Wilhelm noch einmal auf den „Kirchenkampf“ zu sprechen und fasste seine Einschätzung der gegenwärtigen kirchenpolitischen Lage mit den Worten zusammen:

„Optimistisch in die Zukunft zu schauen, ist noch wenig Grund vorhanden. Unsere Bek[ennende] Kirche rüstet sich innerlich darauf, ihren Glauben mit Einsatz von Gut und Blut, Leib und Leben zu verteidigen, nicht als wollten wir einen Religionskrieg beginnen, sondern im Sinne der Nachfolge Jesu und der Apostel auf dem Wege des Kreuzes. Da müssen dann schließlich alle ‚Phrasen‘ aufhören.“⁹¹

⁹⁰ Theodor Brünger an Amtsbürgermeister Rehme, 10. März 1939 (Entwurf), AW, Mappe „Kirchengemeinde 1939–1950“.

⁹¹ Theodor Brünger an Wilhelm Brünger, 23. Dezember 1938, Privatbesitz. Wilhelm antwortete mit wüsten antisemitischen Tiraden – er warf der Bekennenden Kirche vor, am Alten Testament festzuhalten – und mit sarkastischer Kritik: „Es scheint mir fast so, als ob die Bekenntniskirche sich viel zu viel in eine Kampf- und Martyriumspychose hineinbekannt hat. Wäre es nicht vielleicht besser, wenn sie sich rein auf Glauben, gute Werke und Gottesdienst beschränkte, von jeder Polemik gegen den Staat und seine Anordnungen absähe, die Deutschen Christen, Neuheiden und wie wir bösen Leute sonst heißen, gänzlich ignorierte und nicht jede Verordnung des Staates mit dem größten Mißtrauen ansähe und kritisierte?“ Wilhelm Brünger an Theodor Brünger, 30. Dezember 1938, Privatbesitz.